

Wirtschaft und Staat haben den Menschen zu dienen

Doppelreferendum zur Ausdehnung der Personenfreizügigkeit
und zum Abkommen Schengen/Dublin

Jean-Claude Juncker zur Entscheidungskultur an den EU-Regierungskonferenzen

"Wir beschliessen etwas, stellen das dann in den Raum und warten einige Zeit ab, was passiert. Wenn es dann kein grosses Geschrei gibt und keine Aufstände, weil die meisten gar nicht begreifen, was da beschlossen wurde, dann machen wir weiter - Schritt für Schritt, bis es kein Zurück mehr gibt."

Der Spiegel, 52/1999, S. 136 (Jean Claude Juncker ist Finanzminister und Ministerpräsident von Luxemburg)

Der Inhalt der Verträge

Personenfreizügigkeit (Ausdehnung von den 15 alten auch auf die 10 neuen EU-Staaten):

- Jeder Staatsangehörige aller EU-Staaten hat das Recht auf Einreise, Aufenthalt, Zugang zu einer unselbständigen Erwerbstätigkeit und das Recht, sich als Selbständiger niederzulassen. (Art. 1 Grundbestimmungen)
- Jeder ausländische Dienstleistungserbringer darf diese ohne weiteres erbringen, sofern sie nicht länger als 90 Tage dauern (Art. 5 Grundbestimmungen)
- Recht auf Gleichbehandlung mit den Inländern was die Lebens-, Beschäftigungs- und Arbeitsbedingungen anbelangt (Art. 7 Grundbestimmungen)
- Recht auf Verbleib nach Beendigung der Erwerbstätigkeit (Art. 4 Allg. Bestimmungen)
- Aufenthaltsrecht der Familienangehörigen unabhängig von der Staatsangehörigkeit (Art. 7 Grundbestimmungen)
- Recht der Familienangehörigen auf Ausübung einer Erwerbstätigkeit unabhängig von deren Staatsangehörigkeit (Art. 7 Grundbestimmungen)
- Recht auf Erwerb von Immobilien für jeden, der ein Aufenthaltsrecht hat. (Art. 25 Allg. Bestimmungen)
- Gleichbehandlung im Bereich der Sozialen Sicherheit (Art. 8 Grundbestimmungen)

Flankierende Massnahmen:

- Da allen klar ist, dass dies zu massivem Lohndruck führen wird, sollen sog. flankierende Massnahmen diesen Druck etwas dämpfen: z.B. Erleichterte Allgemeinverbindlicherklärung von Gesamtarbeitsverträgen (wenn betroffene Arbeitgeber mind. 50% der Arbeitnehmer beschäftigen)
- Vermehrte Kontrollen sollen Missbrauch verhindern. Dazu sollen 150 Kontrolleure eingesetzt werden. Deren Lohnkosten übernimmt zu maximal 30% der Bund, den Rest sollen die Kantone übernehmen. Tatsache ist aber, dass jede 2. Kontrolle bereits heute einen Missbrauch aufdeckt. Und dies, nachdem die Bilateralen I gerade erst ein halbes Jahr voll in Kraft sind.
- Die volle Freizügigkeit wird nur schrittweise gewährt. Gegenüber den neuen Staaten noch 2 Jahre Inländerbevorzugung, danach noch 5 Jahre Kontingente, danach volle Freizügigkeit.

(Damit werden die sozialen Folgen nur etwas hinausgeschoben, was eine gezielte Vernebelungstaktik ist um die Bürger zu beschwichtigen. Die volle Wucht schlägt erst in einigen Jahren durch. Bezüglich Personenfreizügigkeit mit den 15 alten EU-Staaten ist erst seit 1.7.04 der Inländervorrang und die vorgängige Lohnkontrolle weggefallen, deren Auswirkungen werden sich erst noch zeigen.)

Schengen:

- Öffnung, das heisst De-facto-Abschaffung der Grenzen: Personenkontrollen an der Grenze sind nicht mehr erlaubt.
- Schleierfahndung soll das Defizit ausgleichen: Polizei kann «verdachts- und ereignisunabhängig» jederzeit und überall eine Personenkontrolle vornehmen.
(noch ist allerdings offen, ob die EU-Kommission die Schleierfahndung nicht verbietet, weil sie mit der Reisefreiheit nicht zu vereinbaren sei. Das *Abkommen über die Reisefreiheit*. Artikel 19 fordert: „Ein Mitgliedsstaat darf keine Rechtsvorschriften erlassen, die ausschliesslich in Binnengrenznahe gelten und vorsehen, daß Stichproben oder Sichtkontrollen zur Identitätsüberprüfung vorgenommen werden können.“)
- Polizeieinheiten der EU-Staaten dürfen Verfolgungen in der Schweiz fortsetzen (sog. «Nacheile».)
- Anschluss an das Schengen-Informationssystem SIS: Zentraler EU-Fahndungscomputer, in dem bisher 11 Mio Personen erfasst sind.

(Zukünftig können auch biometrische Daten (z.B. Fingerabdrücke) erfasst werden. Der Datenschutz wird zwar beschworen, ist aber kaum gewährleistet. Bereits liegen auch Anträge von Privaten und anderen Behörden als Strafverfolgungsbehörden vor, die Zugriff auf SIS wünschen.)

- Zentralisierung der kantonalen Polizeieinheiten, Einschränkung der kantonalen Polizeihöhe (EU-Recht wird über kantonales Recht gestellt).
- Die Weiterentwicklung des Rechtes müssen alle Länder nachvollziehen.

Mit dem Übereinkommen von Schengen sollen vor allem die Grenzen abgeschafft werden. Der nächste Schritt – davon ist bereits die Rede, das wird aber noch zurückgehalten – wird die Zollunion sein, deren Folgen dann u.a. die Erhöhung unserer Mehrwertsteuer von heute 7,6% auf das Niveau der EU-Staaten von rund 15% sein wird.

Dublin:

- Es gilt das so genannte Erstasylabkommen. Jeder Asylbewerber kann nur noch in einem EU-Staat einen Asylantrag stellen. Wird dieser abgelehnt, darf kein anders Land auf einen neuen Antrag eingehen.

Was passiert ..

mit diesen Abkommen soll um des Geldes willen geopfert werden, was die Schweiz errungen hat:

- ⇒ **Wohlstand, sichere Arbeitsplätze und gute Löhne**
- ⇒ **gut ausgebaute Sozialwerke**
- ⇒ **die direkte Demokratie**
- ⇒ **der innere Zusammenhalt der Schweiz**
- ⇒ **Eigenständigkeit und Souveränität**
- ⇒ **das gesamte Gemeinwohl**
- ⇒ **- das heisst letztlich das Schweizer Modell**

Was wird werden...

- ⇒ **die stabile Wirtschaft der KMU (99 % der Betriebe, 70% der Arbeitsplätze) wird grenzenloser Konkurrenz preisgegeben und ruiniert**
- ⇒ **steigende Arbeitslosigkeit**
- ⇒ **Ausbluten der Sozialwerke**
- ⇒ **Massive Konkurrenz um Arbeitsplätze stört den den Arbeitsfrieden, der Existenzkampf schürt negative Emotionen gegenüber Einwanderern**
- ⇒ **eine Schweiz ohne Grenzen und ein unkontrollierter Zugang von Personen und Arbeitskräften**
- ⇒ **steigende Steuern**
- ⇒ **Anpassung an den globalen Kapitalismus**
- ⇒ **steigende Abhängigkeit von Multis**
- ⇒ **Bildung, Arbeit und Reichtum für eine immer kleinere Schicht**

Wir fordern ...

- ⇒ **würdige soziale Verhältnisse in allen Regionen der Schweiz, Europas und auf der ganzen Welt**
- ⇒ **eine öffentliche Diskussion über die Möglichkeiten der Stärkung aller Völker in sich selbst**
- ⇒ **Eine Absage an den vagabundierenden transnationalen Kapitalismus, der nur Profit und kein Gemeinwohl kennt**

Wir wollen:

- ⇒ **die Errungenschaften der Schweiz und der europäischen Völker nicht einer masslosen globalen Wirtschaftsordnung opfern**

Die Schweiz ist die bisher beste Verwirklichung eines gemeinwohlorientierten Staatwesens in Freiheit und direkter Demokratie

**Vernünftig handeln – menschlich, weltoffen und souverän bleiben!
Deshalb: Freizügigkeit – Nein / Schengen/Dublin – Nein**